



(Teil 1)

Wissenschaftler der KMU zu den Ergebnissen der Konferenz von Helsinki

Kontinuität im Kampf um Frieden und Sicherheit

Von Prof. Dr. Hans Ivens, Institut für internationale Studien



Mit der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann auch der Kampf um die Sicherung des Friedens in Europa als günstigste äußere Bedingung für alle revolutionären Bewegungen in den Ländern dieses Kontinents.

Im Jahre 1917: Das Dekret über den Frieden

Die junge Sowjetmacht zeichnete sofort - 1917 - mit ihrem ersten außenpolitischen Dokument, dem Dekret über den Frieden, den Weg vor, den sie seitdem mit Konsequenz, Ideenreichtum und Einsatzbereitschaft verfolgt, bis der Frieden "unumkehrbar" geworden sein wird. Als das zunächst erste und einzige staatlich organisierte Proletariat kämpfte der Vortrupp der internationalen Arbeiterklasse und aller echten Friedenskräfte, die UdSSR, gegen die imperialistische Locarno-Politik und für bilaterale Freundschaftsverträge sowie die multilaterale Kriegssüchtung durch Inkraftsetzung des Briand-Kellogg-Paktes von 1928. Mit dem Ziel, gegen die wachsende

Gefahr eines neuen Weltkrieges wirksame Barrieren zu errichten, bemühte sich die UdSSR, diesen Vertrag zu einem kollektiven Sicherheitsabkommen auszubauen. Sie gewann in Frankreich einen ersthaften Interessenten, der 1934 für ein Sicherheitsabkommen zwischen der UdSSR, Frankreich, Deutschland, Polen, Tschechoslowakei, Litauen, Lettland, Estland plidierte. Deutschland, Polen und auch England durchkreuzten diese gute Initiative.

brecherischen Politik ist bekannt; die Vorgeschichte schon - leider - bedeutend weniger. Aber das es gelang, am 8. Mai 1945 den Aggressor zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen, eröffnete den Völkern Europas neue, wesentlich günstigere Möglichkeiten, auf höherer Ebene den Kampf um kollektive Sicherheit unter der Führung der siegreichen Sowjetmacht und - nach wenigen Jahren - mit der sozialistischen Staatengemeinschaft an der Spitze fortzusetzen.

den Annäherung des kalten Krieges die Erfüllung dieses Abkommens zu hintertreiben bzw. zu verzögern. Die Spaltung Deutschlands, die Umwandlung der Westsektoren Berlins in ein westliches Besatzungsgebiet und die Gründung des aggressiven Nordatlantikkartells markieren diese Politik gegen den Frieden in Europa. Doch waren auch in dieser schweren Zeit die Pläne des Imperialismus angesichts der bedeutend gestärkten Positionen der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihrer politischen Verbündeten in den kapitalistischen Staaten nicht realisierbar.

Im Gegenteil entstand in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses in den herrschenden Kreisen führender kapitalistischer Länder allmählich unter dem Zwang zur Anpassung eine realistischere denkende Gruppe mit wachsendem Einfluß auf die Regierungspolitik.

Das gestattete dem Politischen Beratenden Ausschuß des 1955 geschaffenen Warschauer Vertrages 1966 in Bukarest offiziell und konkret eine gesamteuropäische Beratung über nächste gemeinsame Schritte zur Festigung der Sicherheit vor völkerrechtswidrigen Handlungen als Voraussetzung für eine breite Entfaltung der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen zu unterbreiten.

Sieg der Vernunft trägt erste Früchte

Sechs Jahre harter Kampf vor allem im Bereich der Diplomatie, waren nötig, um die kapitalistischen Staaten, insbesondere die Mitglieder der NATO, an den Konferenztisch zu "ziehen". Fast drei Jahre wurde auf der KSZE - Dipoli eingerechnet - um ein Abschlußdokument gerungen, das die 1975 mögliche, maximale Übereinstimmung der Teilnehmerstaaten verbindlich fixiert. Am 1. August 1975 war mit der feierlichen Unterzeichnung ein diplomatischer Akt vollzogen, der in der langen Geschichte des Kampfes um eine gerechte Friedensordnung in Europa den bisherigen Höhepunkt darstellt. Aber bis zu einem voll wirksamen kollektiven Sicherheitssystem in Europa bleibt noch ein langer Weg. Aber größer als je zuvor sind die berechtigten Erwartungen der Millionen Menschen dieses Kontinents, daß schon die heute lebende Generation, erst recht ihre Kinder, die Früchte zu ernten beginnen können, deren Samen mit dem Herabblut der russischen Revolutionäre 1917 in die Erde gebracht wurde.

Kreuzzug des Kapitals gegen die Sicherheit

Trotzdem kam es durch die energischen Bemühungen der UdSSR wenigstens zum sowjetisch-französischen Vertrag - 1935 - über gegenseitige Hilfeleistung. Jedoch die Vertreter des damaligen Militär-Industrie-Komplexes, eine „Gesellschaft zur Ermunterung der Aggression“, hintertrieben alle für den Frieden so wertvollen Ansätze zwischenstaatlicher Beziehungen und steuerten planmäßig auf den Krieg zu, weil sie hofften, daß ihr Klassenfeind, die UdSSR, darin untergehen würde. Das Ergebnis dieser ver-

Kalter Krieg kontra Abkommen von Potsdam

Im von der UdSSR maßgeblich in seinem Inhalt beeinflussten Potsdamer Abkommen konnten verbindlich für die Großmächte der Antihitlerkoalition ganz konkret die nächsten gemeinsamen Schritte zur Schaffung der entscheidenden Grundlagen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vereinbart werden. Aus den Klasseninteressen der kapitalistischen Mächte und dem Stand des Kräfteverhältnisses erklärbar, bemühten sich die Westmächte sehr intensiv, in der folgen-

Die wachsende Stärke des Sozialismus, der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung verschärfte die ökonomischen und politischen Widersprüche des Kapitalismus in der gegenwärtigen Phase seiner allgemeinen Krise. Dadurch wird der Niedergangprozess des Imperialismus beschleunigt. Dieser wachsende Einfluß des Sozialismus und der beiden anderen revolutionären Hauptkräfte unserer Epoche muß bei der Analyse aktueller Erscheinungen des Kapitalismus gebührend berücksichtigt werden. Zugleich ergeben sich aus den veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus neue Fragen, deren marxistisch-leninistische Beantwortung ein wichtiges Anliegen der politisch-ideologischen Arbeit ist. Eine solche Frage, die in letzter Zeit oft gestellt wurde, lautet:

Können die Monopole auch unter den Bedingungen des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses die Ausbeutung der Arbeiterklasse, aller Werktätigen und fremder Völker noch weiter erhöhen?

In der Tat, die Erfolge der sozialistischen Staaten bei der ständigen Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen, die wachsende Kampfkraft der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern sowie die ökonomische und politische Entwicklung antimperialistischer Nationalstaaten wirken der monopolistischen Ausbeutung entgegen. Diese Faktoren haben es der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern wesentlich erleichtert, der Monopolbourgeoisie ökonomische und soziale Zugeständnisse abzurufen. Es wäre jedoch verfehlt, aus der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses die Schlussfolgerungen abzuleiten zu wollen, daß die Monopole heute nicht mehr in der Lage wären, die Ausbeutung weiter zu erhöhen.

Wesen der kapitalistischen Ausbeutung unverändert

So wichtig das sich verändernde Kräfteverhältnis für die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern auch ist, die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus wirken weiter. Nach wie vor bestimmt das ökonomische Grundgesetz, das Mehrwertgesetz, das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise. Der von Karl Marx erbrachte Nachweis, daß in der Ausbeutung des Mehrwerts durch die Bourgeoisie, das heißt jenes Wertes, den die Lohnarbeiter über den Wert der Ware Arbeitskraft hinaus schaffen, das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung besteht, gilt unangewandt auch für den gegenwärtigen Kapitalismus.

Will man den Ausbeutungsgrad ermitteln, so kann bekanntlich nicht von der Höhe des Lohn-

nes und dem Umfang bestimmter Sozialleistungen ausgegangen werden. Gradmesser der Ausbeutung ist vielmehr die Mehrwertrate, die vom Verhältnis des Mehrwerts zum variablen Kapital (m.v) bestimmt wird. Je mehr die Masse des Mehrwerts das variable Kapital übersteigt, desto größer ist die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die beiden Hauptfaktoren zur Erhöhung des Ausbeutungsgrades sind die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Arbeitsintensität. Auch unter den heutigen Bedingungen ist die Ausbeutung der Arbeiterklasse, die in den imperialistischen Ländern 75 bis 90 Prozent aller Werktätigen erfaßt, die wichtigste Quelle zur Bereicherung der Bourgeoisie. Mit der Ausprägung der Herrschaft der Monopole wurden über die Arbeiterklasse hinaus in immer stärkerem Maße alle anderen Schichten des Volkes ausgebeutet.

Monopolherrschaft verstärkt Ausbeutung

Ziel und Existenzbedingung des Monopols ist die Realisierung von Monopolprofit. Er ist, wie Lenin begründete, ein Tribut, den die Monopolbourgeoisie der ganzen Gesellschaft auferlegt. Die Quellen des Monopolprofits, die heutzutage immer mehr mit Hilfe des imperialistischen Staates ausgeschöpft werden, sind: - der in den Monopolen geschaffene Mehrwert - Teile des in nichtmonopolistischen Betrieben erzeugten Mehrwertes - Teile des Wertes der Ware Arbeitskraft - Teile des Wertes, der von einfachen Warenproduzenten geschaffen wird - Einkommens- und Vermögenssteuern des gesamten Volkes (hohe Monopolpreise für Konsumgüter und Dienstleistungen) - Ausbeutung und Ausplünderung fremder Völker (Kapitalexport, nichtäquivalenter Austausch, Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte).

Worauf äußert sich gegenwärtig die zunehmende Ausbeutung durch das Monopolkapital?

Wie in allen anderen imperialistischen Ländern, so wachsen auch in der BRD die Profite wesentlich schneller als die Löhne. So wurden die Nettoprofite der 100 größten Industrie-Aktiengesellschaften in der BRD 1973 im Vergleich zum Vorjahr auf 138,3 Prozent erhöht, während die Nettolöhne der in diesen Unternehmen Beschäftigten nur auf 109,5 Prozent angestiegen sind. Wie die BRD-Zeitschrift „Wirtschaftswache“ am 25. April 1975 meldete, erreichten die imperialistischen Großbanken im Wirtschaftskrisenjahr 1974 die höchsten Profite nach 1945.

Die Deutsche Bank erzielte einen steuerpflichtigen Gewinn von 480 Millionen DM, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 155 Prozent ausmacht. Die Dresdener

Bank erhöhte ihren Gewinn um fast 700 Prozent auf 214 Millionen DM und die Commerzbank steigerte ihren Gewinn sogar um 823 Prozent, der mit 240 Millionen DM höher lag als die Gewinne der Jahre 1972 und 1973 zusammen. Diese Schere zwischen Profit- und Lohnentwicklung zeigt sich auch 1974. Obwohl die Monopole ihre Profite trotz tiefgreifender Krisenerschütterungen weiterhin beträchtlich erhöht haben, stagnieren die Reallohne 1974 wiederum

mit einem Reallohnrückgang gerechnet werden. Die Monopole verstärken die Ausbeutung nicht nur in Zeiten der Konjunktur, sondern auch - wie die genannten Zahlen zeigen - während der Krise. Ein weiterer Ausdruck für das Abwälzen der Krisenlasten vor allem auf die Arbeiterklasse ist die stark angestiegene Arbeitslosigkeit. So gab es in den sechs imperialistischen Hauptländern im März 1975 insgesamt 12,5 Millionen

Arbeitslosen. Durch einen rapiden Anstieg der Verbraucherpreise werden über die Arbeiterklasse hinaus auch die anderen Schichten des Volkes einer verstärkten monopolistischen Ausbeutung unterworfen. Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug 1974 im Vergleich zum Vorjahr in den USA 11,0 Prozent, in Japan 23,9 Prozent, in der BRD 7,9 Prozent, in Großbritannien 16,9 Prozent, in Frankreich 13,6 Prozent und in Italien 19,4 Prozent. Damit wurden die höchsten Inflationsraten des letzten Vierteljahrhunderts erreicht.

ZUNEHMENDEN AUSBEUTUNG IM IMPERIALISMUS

Von Dozent Dr. Siegfried Sack und Dozent Dr. Werner Uhlig, Sektion Marxismus-Leninismus

wie bereits 1973. Das bedeutet, daß die erkämpften Lohnerhöhungen sichtlich durch Steuererhöhungen und inflationäre Preissteigerungen zunichte gemacht worden sind. Gesunken sind die Reallohne 1974 in den USA sogar um 4,1 Prozent, in Großbritannien um 4 Prozent, in Italien um 2 bis 3 Prozent und in Japan um 0,2 Prozent. Nach einer Voraussage des Münchner Ifo-Instituts muß 1975 in der BRD ebenfalls

Arbeitslose. Nach offiziellen Angaben entfielen davon auf die USA 6,0, Japan 1,1, BRD 1,1, Großbritannien 0,9, Frankreich 0,8 und Italien 0,8 Millionen. In Wirklichkeit ist die Arbeitslosigkeit noch bedeutend größer, da die bürgerliche Statistik z. B. die Arbeitsuchenden, die noch nie einen Arbeitsplatz hatten, sowie die Kurzarbeiter nicht erfaßt. Allein durch Kurzarbeit erlitt die Arbeiterklasse in der BRD im Jahre 1974 Lohnverluste in Höhe von 15 Mil-

liarden DM. Durch einen rapiden Anstieg der Verbraucherpreise werden über die Arbeiterklasse hinaus auch die anderen Schichten des Volkes einer verstärkten monopolistischen Ausbeutung unterworfen. Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug 1974 im Vergleich zum Vorjahr in den USA 11,0 Prozent, in Japan 23,9 Prozent, in der BRD 7,9 Prozent, in Großbritannien 16,9 Prozent, in Frankreich 13,6 Prozent und in Italien 19,4 Prozent. Damit wurden die höchsten Inflationsraten des letzten Vierteljahrhunderts erreicht. Die Erfolge, die die jungen Nationalstaaten mit Unterstützung des sozialistischen Weltsystems im Kampf gegen den Imperialismus errungen haben, führten zur Krise des Neokolonialismus. Dennoch unternimmt das Monopolkapital gegenwärtig zahlreiche Versuche, um die Entwicklungsländer ökonomisch und politisch an die imperialistischen Staaten zu binden. Nach wie vor spielt dabei der Kapitalexport eine große Rolle. Bereits Anfang der 70er Jahre betragen die Direktinvestitionen der USA, Großbritanniens, der BRD und Japans in Entwicklungsländern mehr als 40 Milliarden Dollar. In welchem Maße dieser Kapitalexport der monopolistischen Ausbeutung fremder Völker dient, zeigt folgendes Beispiel. Die USA erhöhten ihre Kapitalanlagen in Entwicklungsländern im Zeitraum von 1963 bis 1972 um 10 Milliarden Dollar. Ihre Nettoprofite aus den Direktinvestitionen in diesen Ländern betragen im gleichen Zeitraum nicht weniger als 38 Milliarden Dollar. Durch die neokolonialistische Politik des Imperialismus stiegen die Auslandsschulden von 81 Entwicklungsländern in der Zeit von 1963 bis 1971 von 37,5 auf 79,2 Milliarden Dollar. Obwohl Entwicklungsländer in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte bei der Brechung des imperialistischen Rohstoffmonopols erreichten und bedeutende Preissteigerungen für ihre Rohstoffexporte durchsetzen konnten, haben die Monopole ihre Profite weiter erhöht. Besonders deutlich zeigte sich das auf dem Erdölsektor. Trotz einer starken Erhöhung der Rohölpreise seit 1972 haben sich die ausgewiesenen Gewinne der zehn größten USA-Gesellschaften von 7,6 auf 10,3 Milliarden Dollar und damit 1974 im Vergleich zu 1973 um 35,5 Prozent erhöht.

Wie die Tatsachen beweisen, verstärkt das Monopolkapital gegenwärtig seine Angriffe auf die Lebenslage aller Werktätigen. Die Arbeiterklasse intensivierte daraufhin den Kampf zur Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Interessen. Dabei kann sie sich heute mehr denn je auf die Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft stützen.

Aus der Geschichte der UNO

Staatsverlag der DDR, Berlin 1974, 480 Seiten, Bd. I der Reihe „Die Entstehung der UNO“, zusammengestellt und eingeleitet von Prof. Dr. H. Wünsche

Die Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen. Herausg. Prof. Dr. W. Spröte und Prof. Dr. H. Wünsche

In diesem Jahr feierte die fortschrittliche Menschheit die 30. Wiederkehr des Sieges über den Faschismus. Während dieses antifaschistischen Kampfes hatte sich eine breite Massenbewegung für einen dauerhaften Frieden und echte Völkerverständigung herausgebildet, deren Ziel die Schaffung einer internationalen Organisation war, die „künftige Generationen von der Geißel des Krieges befreien“ sollte. Zur Verwirklichung dieser in der Präambel der UNO-Charta niedergelegten Aufgabe wurde das System der friedlichen Streitbeilegung geschaffen, in dem die Weltorganisation eine zentrale Stellung einnimmt. Gleichzeitig soll die UNO die Zusammenarbeit der Völker fördern und lenken. Jetzt zum 30. Jahrestag des Inkrafttretens der Charta erschienen im Staatsverlag der erste Band einer umfangreichen und anspruchsvollen 17bändigen Reihe über die Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen. Die Dokumentenserie wird von Prof. Spröte und Prof. Wünsche von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft herausgegeben, die sich einen guten Namen mit zahlreichen Veröffentlichungen zu Fragen der UNO gemacht haben. Der Band I, „Die Entstehung der UNO“ wurde von Prof. Wünsche zusammengestellt und eingeleitet. Er enthält 30 Dokumente, zum Teil auszugweise, die eindrucksvoll den Zusammenhang zwischen dem Sieg über den Faschismus und der Entstehung der UNO nachweisen. Solche bedeutsamen Erklärungen wie die Moskauer Deklaration von 1943, die



Teheran-Deklaration von 1943, die Dumbarton-Oaks-Vorschläge von 1944 und die Materialien von Jalta 1945 belegen dies. Aber die für Völkerrechtler, Historiker und Journalisten gleichermaßen interessanten Dokumente machen deutlich, daß nur die Existenz eines sozialistischen Staates zur Überwindung imperialistischer Völkerrechts mit seinem höchsten Prinzip, dem jus-ad-hellum (Das Recht auf Kriegführung), geführt hat. Erst damit war die Möglichkeit gegeben, eine auf Frieden, Zusammenarbeit und Gleichberechtigung basierende Weltorganisation zu schaffen. Der Kampf der Sowjetunion zur Überwindung des imperialistischen Völkerrechts und für die Einführung demokratischer Prinzipien in die internationalen Beziehungen wird durch solche wichtigen Quellen wie das Leninische Dekret über den Frieden und bedeutende bilaterale Verträge der jungen Sowjetmacht mit imperialistischen Staaten in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg belegt. Die Dokumente wurden sowohl originalsprachig wie auch deutsch wiedergegeben. Infolgedessen eignet sich das vorliegende Werk besonders gut für die wissenschaftliche Arbeit. Aber auch der zeitgeschichtlich Interessierte findet eine Fülle von weniger verbreiteten Dokumenten. Daher kann man nur raten, im Zusammenhang mit UNO-Fragen, dieses Werk zur Entstehung der aus dem Leben der Völker nicht mehr wegzudenken Organisation gebührend zu beachten. Selbiges trifft auf die kommenden Bände, die Hauptorgane der UNO, „Politische und rechtliche Organe und Organisationen der UNO“ und die folgenden Werke zu den Spezialorganisationen zu. Hoffentlich finden sie eine weite Verbreitung.

Hans-Joachim Heintze, Institut für internationale Studien